

Schweigen zur Urananreicherung

AKW-Gegner kritisieren, dass Gronauer Anlage nicht im »Atomkonsens« auftaucht

Von Marcus Meier

Die Urananreicherungsanlage Gronau wird im Merkelschen »Atomkonsens« ausgespart. Nach Ansicht von Atomkraftgegnern sollten die Grünen ihn daher nicht mittragen.

»Das kann doch kein Atomausstieg sein!«, heißt es in einem Offenen Brief an die Spitzen der Grünen im Bund und in Nordrhein-Westfalen (NRW), den lokale Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz verfassten. Denn die Zukunft der Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau spielt derzeit keine Rolle. Dabei könnten in der UAA bald nicht nur wie bisher sieben, sondern zehn Prozent des weltweit in Atomkraftwerken genutzten Urans produziert werden.

Die Stilllegung der UAA, monieren die Umweltschützer, gelte den Partei-Grünen nicht als Vorbedingung für einen Konsens mit der schwarz-gelben Bundesregierung. Generell liefen die Grünen Gefahr, einen »angeblichen Atomkonsens« zu unterzeichnen, der die Atompolitik für die nächsten Jahre festlege, bei dem jedoch grüne Forderungen »vollkommen unter den Tisch fallen«. Eine Zustimmung wäre »ein Schlag ins Gesicht der Anti-Atom-Bewegung«.

Der Umweltverband BUND fordert ebenso, die UAA Gronau »zwingend in ein Ausstiegsgesetz« einzubeziehen, so deren NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen gegenüber ND. Zustimmungsfähig wäre ein Atomkonsens nur dann, wenn er den Sofortausstieg aus der Atomkraft bedeute und »die gesamte atomare Prozesskette einschließt«. Dabei habe der UAA eine zentrale Bedeutung, sei sie doch die »Brutstätte« für den Brennstoff von 30 AKW in der gesamten Welt.

Auch die LINKE in NRW ärgert sich über den Grünen-Kurs: Obwohl die UAA Gronau mindestens bis 2017 im Betrieb zu bleiben drohe, wollten prominente Grünen-Politiker zur Feier ihrer Zustimmung Freibier in der Gorleben-Region ausschenken. »Diesen Ausstiegs-Beschluss kann man sich gar nicht schöntrinken«, wettet der langjährige Grünen- und heutige LINKEN-Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel. Laut einem Bericht der »taz« wächst auch an der Grünen-Basis in NRW der Widerstand. »Wir können keinen Ausstieg unterstützen, der kein Ende für Gronau vorsieht«, sagte beispielsweise der Landessprecher der Grünen Jugend, Alexander Ringbeck.

In der UAA fiel erst vorgestern ein Uranbehälter von einem Gabelstapler. Die Betreiber der Anlage könnten nicht einmal einen Container im Schrittempo sicher transportieren, kommentiert Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt Gronau. Also sollten sie auch keine Urantransporte per Zug und per Lkw auf die Reise schicken dürfen.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/200370.schweigen-zur-urananreicherung.html>